

Pacem in Terris: Eine bleibende Aufgabe

„Der Friede auf Erden“, so lauten die ersten Worte dieser am 11. April 1963 veröffentlichten Enzyklika. Damals herrschte in Europa der „Kalte Krieg“, heute haben wir einen heißen vor unserer Haustür. Gerade deshalb ist es richtig und notwendig zum 60. Jahrestag einen Blick auf diese zentrale Friedenszyklika der Katholischen Kirche zu werfen.

Es gibt keinen gerechten Krieg

Seit 1963 hatten wir unzählige kriegerische Auseinandersetzungen. Gerade dies belegt die Notwendigkeit, sich für den Frieden einzusetzen. Der Angriff auf die Ukraine macht aber auch deutlich, dass die in der Enzyklika vorgeschlagenen Wege nicht vollumfänglich eingeschlagen wurden. „Wenn es auch kaum glaublich ist, daß es Menschen gibt, die es wagen möchten, die Verantwortung für die Vernichtung und das Leid auf sich zu nehmen, die ein Krieg im Gefolge hat, so kann man doch nicht leugnen, daß unversehens und unerwartet ein Kriegsbrand entstehen kann.“, so schreibt Johannes XXIII. im Jahr 1963 (PiT 111; 60). Wladimir Putin hat sich leider davon nicht beeindruckt lassen und 59 Jahre nach den mahnenden Papstworten einen „Kriegsbrand“ mitten in Europa entfacht. Dieser Brand wird nur gelöscht werden, wenn der Aggressor aufgibt, sich zurückzieht und danach der Weg zu einer neuen Verständigung eingeschlagen wird, die eine dauerhafte Friedensordnung sicherstellt.

„Die vier Säulen des Friedens“

Die vier Säulen (Wahrheit, Gerechtigkeit, Freiheit, Liebe) sind in sechs Jahrzehnten nicht in dem notwendigen Maße gestärkt worden. Gerade heute müssen wir darum kämpfen, dass diese Leitplanken des Friedens nicht gänzlich getilgt werden.

Wahrheit: „Die Wahrheit verlangt aber, daß es darin keine Diskriminierung der Rassen geben darf; unantastbar und unerschütterlich gilt darum, daß alle Staaten, was ihre natürliche Würde angeht, untereinander gleichgestellt sind. Jeder hat also das Recht auf Dasein, auf Entfaltung, auf den Besitz der dazu notwendigen Mittel und auch darauf, daß er in der Verwirklichung alles dessen die Hauptverantwortung übernimmt.“

Gerechtigkeit: „Dies bedeutet, daß die einzelnen staatlichen Gemeinschaften in der Wahrung ihrer Interessen einander nicht nur nicht schaden dürfen, sondern auch mit Rat und Tat sich zusammen tun sollen, wenn die Anstrengungen der einzelnen Staaten die gewünschten Ziele nicht erreichen können. In diesem Falle muß man sehr darauf achten, daß die Vorteile, die sich für die einen Staaten ergeben, den anderen nicht mehr Schaden als Nutzen bringen. Auch das universale Gemeinwohl verlangt, daß in jeder einzelnen Nation der Verkehr jeglicher Art zwischen Bürgern und zwischen sozialen Gruppen gefördert werde.“ (PiT 99/100; 54) Gerade diese Säule ist in den vergangenen 60 Jahren zu wenig stabilisiert und gestärkt worden. Ein Umdenken ist zwar feststellbar, aber beim kräftigen Ausbau einer sozialen Gestaltung der weltweiten Wirtschaftsbeziehungen gibt es noch viel Luft nach oben. Lieferkettengesetze sind dabei ein Instrument, Handelsabkommen der EU ein weiteres. Aber auch die inter-



Liebe Leser*innen,

wichtige Elemente der Arbeit der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) sind der Dialog zwischen Politik und den Mitgliedern unserer Verbände sowie die Erwachsenenbildung. Wir sind der Überzeugung, dass ein zielführender Diskurs nur geführt werden kann, wenn alle Beteiligten die verschiedenen Dimensionen der Problemstellung nachvollziehen können.

Unsere bisherigen Monatsimpulse werden nunmehr durch Quartalsimpulse zu aktuellen politischen Themen abgelöst.

Wir laden Sie ein, sich mit Kolleg*innen und innerhalb Ihrer Familien- und Freundeskreise über die Impulse, die Antworten auf die Fragen und Ihre eigene Einschätzung auszutauschen.

Herzliche Grüße,

Egbert Biermann (KAB Hildesheim)

**FÜR EIN CHRISTLICHES MITEINANDER
IN DER ARBEITSWELT**



nationalen Strukturen wie die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) oder die Welthandelsorganisation (WTO) sind in diesem Zusammenhang von hoher Bedeutung.

Freiheit: „Eine weitere Forderung ist, daß die gegenseitigen Beziehungen der Staaten in Freiheit zu ordnen sind. Das heißt, daß keine Nation das Recht hat, irgend etwas zu tun, wodurch sie andere ungerechterweise unterdrückt oder sich ungebührlich in deren Angelegenheiten einmischt. Vielmehr sollen alle den anderen helfen, damit diese sich mehr und mehr ihrer Pflichten bewußt werden, selbst die Initiative zu Neuem und Nützlichem ergreifen und aus eigenen Kräften auf jedwedem Gebiete Fortschritte machen.“ (PiT 120; 64) Hier gab und gibt es immer wieder kleinere oder größere Verstöße bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Mit dem Angriff auf die Ukraine wurde ein neues Kapitel aufgeschlagen. In einer künftigen Friedensordnung wird aus meiner Sicht eine stärkere Betonung gerichtlicher Klärungsprozesse zwischen unterschiedlichen Auffassungen der verschiedenen Staaten erforderlich sein. Krieg ist seit *Pacem in Terris* keine Option mehr. Durch entsprechende weltweite Vereinbarungen muss diese Einsicht in einer künftigen Friedensordnung abgesichert werden.

Liebe: „Trotz allem ist zu hoffen, die Völker werden durch freundschaftliche wechselseitige Beziehungen und Verhandlungen die Bande der menschlichen Natur besser anerkennen, durch die sie aneinandergeknüpft sind; sie werden ferner deutlicher einsehen, daß es zu den hauptsächlichen Pflichten der menschlichen Natur gehört, darauf hinzuwirken, daß die Beziehungen zwischen den einzelnen Menschen und den Völkern nicht der Furcht, sondern der Liebe gehorchen sollen, denn der Liebe ist es vor allem eigen, die Menschen zu jener aufrichtigen, äußeren und inneren Verbundenheit zu führen, aus der für sie so viel Gutes hervorzusprießen vermag.“ (PiT 129; 67) Die Liebe als das menschlich Verbindende zwischen allen Personen als Maßstab für die Beziehungen zwischen den Staaten. Dieses Postulat wurde bisher zu wenig beachtet. Für eine neue Friedensordnung wäre sie ein wesentliches Fundament. Die „Liebe“ soll die „Furcht“ als wesentlichen Bestimmungsfaktor für die Beziehungen zwischen den Staaten ablösen. Auch hier bestätigt der Krieg in der Ukraine die Weisheit des Papstes von damals.

Abrüstung

Ein Ausfluss der Liebe nach *Pacem in Terris* wäre eine stärkere Abrüstung in den vergangenen Jahrzehnten gewesen. „Deshalb fordern Gerechtigkeit, gesunde Vernunft und Rücksicht auf die Menschenwürde dringend, daß der allgemeine Rüstungswettlauf aufhört; daß ferner die in verschiedenen Staaten bereits zur Verfügung stehenden Waffen auf beiden Seiten und gleichzeitig vermindert werden; daß Atomwaffen verboten werden; und daß endlich alle auf Grund von Vereinbarungen zu einer entsprechenden Abrüstung mit wirksamer gegenseitiger Kontrolle gelangen.“ (PiT 112; 60) Eine konsequentere Abrüstung hätte den Angriff Putins auf die Ukraine unmöglich gemacht und die Kreml-Propaganda, die NATO sei eine Bedrohung, noch unglaubwürdiger erscheinen lassen, als sie ohnehin schon ist.

Die Aufgabe bleibt

„Allen Menschen guten Willens ist hier eine große Aufgabe gestellt: unter dem Leitstern der Wahrheit, der Gerechtigkeit, der Liebe und der Freiheit in der menschlichen Gesellschaft neue Wege der gegenseitigen Beziehungen zu finden; Beziehungen der einzelnen untereinander; zwischen den einzelnen und ihren Staaten; den Staaten untereinander; schließlich Beziehungen der einzelnen, der Familien, der intermediären Körperschaften, den Staaten auf der einen Seite zur Gemeinschaft aller Menschen auf der anderen.“ (PiT 163; 87)

Die Erledigung dieser Aufgabe ist heute genauso nötig wie vor 60 Jahren. Sie ist im „Kleinen“ vor Ort zu erledigen im Umgang miteinander und mit Fremden, sie ist im „Großen“ zu erledigen, wenn die Repräsentanten der Staaten miteinander um den bestmöglichen Weg zu einer Welt im Frieden ringen. Auch für die internationalen Beziehungen Niedersachsens und seiner Wirtschaft wären die Aussagen der Enzyklika ein wichtiger Maßstab. Und für uns als Christen bedeutet es, in all unseren Bemühungen immer auch zu wissen, dass wir dazu „dringend der Hilfe des göttlichen Geistes“ (PiT 168; 89) bedürfen.